

Brigitte Bailer
Elisabeth Boeckl-Klamper
Wolfgang Neugebauer
Thomas Mang

Die Gestapo als zentrales Instrument des NS-Terrors in Österreich

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) gilt als Inbegriff der Gewaltherrschaft und des Terrors des NS-Regimes; sie war auch in Österreich das wichtigste und schlagkräftigste Instrument zur Bekämpfung politischer GegnerInnen bzw. bei der Verfolgung von Juden und Jüdinnen und anderen als „Staats“- oder „Volksfeinde“ qualifizierten Bevölkerungsgruppen. Eine Denkschrift des Chefs des Sicherheitshauptamtes zeichnete den Aufbau der Gestapo in Österreich schon vor dem „Anschluss“ Österreichs genau vor, wobei für die geplanten Gestapodienststellen ein erster Personalbedarf von 2059 Mann errechnet wurde¹ – eine Zahl, die ziemlich genau dem tatsächlichen Personalstand der Gestapo in Österreich in den folgenden Jahren entsprach.

Nach der NS-Rechtsauffassung war mit der so bezeichneten „Wiedervereinigung“ Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 die Polizeihoheit des Bundes und der Bundesländer auf das Deutsche Reich übergegangen.² Die ehemals österreichische Polizei unterstand nun unmittelbar dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern Heinrich Himmler. Nach einer ersten Säuberung von Juden und Nazi-gegnern wurde die österreichische Polizei, deren Angehörige sich z. T. schon am Abend des 11. März mit Hakenkreuzarmbinden versehen hatten, in die deutsche Sicherheits- bzw. Ordnungspolizei integriert, also in das Organisationschema des Deutschen Reiches übergeführt, und auf den „Führer“ Adolf Hitler vereidigt.³

1 Alwin Ramme, Der Sicherheitsdienst der SS, Berlin o. J. (1969), S. 100.

2 Helfried Pfeifer, Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung, Wien 1941, S. 264 f.

3 Heydrich R., Aufbau und Entwicklung der Sicherheitspolizei im Lande Österreich, in: Das Schwarze Korps. Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP, 21. 4. 1938, S. 3 f.

Der mit der Bearbeitung aller Polizeiagenden beauftragte Führer der österreichischen SS Ernst Kaltenbrunner bildete eine Abteilung Ordnungspolizei (uniformierte Polizei: Schutzpolizei, Gendarmerie, Gemeindevollzugspolizei) und eine Abteilung Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei) mit je einem Inspekteur an der Spitze. Nach Errichtung der neuen Reichsgaue und Fortfall des Reichsstatthalters in Österreich (Österreichische Landesregierung) und damit auch des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen nahmen je ein Höherer SS- und Polizeiführer in den beiden „ostmärkischen“ Wehrkreisen XVII (in Wien) und XVIII (in Salzburg) Kaltenbrunners Funktion wahr. Von diesen genannten Polizeieinheiten war die Gestapo die mit Abstand wichtigste.

Die Gestapoleitstelle Wien

Die Gestapoleitstelle Wien wurde am 15. März 1938 von Sipo- und SD-Chef Reinhard Heydrich im Auftrag des Reichsführers SS Himmler etabliert. Mit Erlass Himmlers vom 18. März wurden die Staatspolizeileitstelle Wien sowie Staatspolizeistellen in Graz, Linz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck und Eisenstadt offiziell errichtet. 1939 wurde eine Anpassung an die neue Reichsgau-einteilung vorgenommen, wobei die Agenden der Stapostelle Eisenstadt zwischen Wien und Graz aufgeteilt wurden.⁴ In Eisenstadt verblieb ein der Gestapo Wien unterstehendes Grenzpolizeikommissariat.⁵

Die Gestapoleitstelle Wien war mit über 900 von 2000 Beamten die wichtigste Gestapoeinheit im Gebiet des ehemaligen Österreich bzw. nach dem zentralen Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin die größte im gesamten Deutschen Reich. Außenstellen der Stapoleitstelle Wien, die für Groß-Wien, Niederösterreich, das nördliche Burgenland und Teile Südmährens zuständig war, bestanden in Wiener Neustadt, St. Pölten und Znaim.⁶ Über die Gründe für diese Stärke der Wiener Leitstelle kann nur gemutmaßt werden. Die in Wien 1938 massiv einsetzende Gegnerbekämpfung und der daraus resultierende Personalbedarf mögen ebenso eine Rolle gespielt haben wie rein strukturell-organisatorische Gründe, da die Grenzpolizei, die ebenfalls zur Leitstelle Wien

4 Pfeifer, Die Ostmark.

5 Siehe dazu ausführlichst: Franz Weisz, Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien 1938–1945. Organisation, Arbeitsweise und personale Belange, phil. Diss., Wien 1991; weiters: Pfeifer, Die Ostmark, S. 262 ff.

6 Weisz, Die Geheime Staatspolizei, S. 232.

ressortierte, über eine große Zahl von Außenstellen verfügte. Ein Vergleich mit der – ebenfalls großen – Leitstelle Prag (812 Mitarbeiter 1940) legt „die Vermutung nahe, dass die Präsenz der politischen Polizei außerhalb der ursprünglichen Grenzen des Deutschen Reiches grundsätzlich in größerem Maßstab geplant war“.⁷

Die Stapoleitstelle Wien war am Anfang den anderen Stapostellen insofern übergeordnet, als sie Weisungen erteilen und Berichte anfordern konnte. Alle Stapostellen unterstanden dem Inspekteur (später Befehlshaber) der Sicherheitspolizei (Sipo) und des SD im jeweiligen Wehrkreis sowie in Berlin dem Chef der Sipo und des SD bzw. dem diesem unterstehenden Geheimen Staatspolizeiamt, ab 1939 dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA), doch konnte auch der jeweilige Höhere SS- und Polizeiführer (im Wehrkreis XVII bzw. XVIII) Weisungen geben, die allerdings denen des RSHA nicht zuwiderlaufen durften. Die unklare Kompetenzsituation wurde allerdings in Wien dadurch vereinfacht, dass der Wiener Gestapochef Franz Josef Huber 1941 auch zum Inspekteur der Sipo im Wehrkreis XVII avancierte.⁸

Zwischen 1940 und 1944 wurden die Stapostellen in den „Alpen- und Donauländern“ ohne Einschaltung der Stapoleitstelle Wien direkt von Berlin mit Aufträgen befasst und hatten auch dorthin zu berichten, wobei allerdings der Wiener Gestapochef Huber als Inspekteur der Sipo über alle wichtigen Vorgänge informiert war. Im September 1944 erfolgte wieder eine Aufwertung der Stapoleitstelle Wien, als hier ein „Informationslenkungsstab“ mit Sondervollmachten zur Bekämpfung der gesamten Widerstandsaktivitäten auf dem ehemaligen österreichischen Gebiet errichtet wurde.⁹

Das Hotel „Metropole“: Sitz der Gestapo Wien

Die im März 1938 zuerst in den Gebäuden Herrengasse 7 und 13 in Wien untergebrachte Gestapoleitstelle hatte seit April 1938 ihren Sitz im ehemaligen Hotel „Metropole“ in Wien 1., Morzinplatz, wo sich heute der Leopold Figl-Hof (mit einer kleinen, vom DÖW betreuten Gedenkstätte) befindet.¹⁰ Das Hotel

7 Thomas Mang, „Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber“. Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens?, Münster 2003, S. 14.

8 Ruth Bettina Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986, S. 13; Weisz, Die Geheime Staatspolizei, S. 448.

9 Weisz, Die Geheime Staatspolizei, S. 443 ff.

10 Ebenda, S. 231.

„Metropole“, 1873 anlässlich der Weltausstellung errichtet, befand sich 1938 im Eigentum einer Aktiengesellschaft, zu deren Hauptaktionären die jüdischen Familien Friediger und Klein zählten. Elisabeth Klein (geb. 12. 2. 1891) übte die Funktion der Generaldirektorin des Hotels aus und lebte auch in Privaträumen des Hotels. Während Elisabeth Klein zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ im Ausland weilte, versuchte ihre Tochter Annemarie (geb. 11. 2. 1919) den Privatbesitz ihrer Mutter angesichts des drohenden Eigentumsverlustes in Sicherheit zu bringen. Es gelang ihr, einige Möbelstücke bei ihren Schwiegereltern Olga und Adolf Böhm zu deponieren, bevor sie nach Australien floh.¹¹ Olga Böhm wurde am 20. August 1942 nach Theresienstadt, von dort am 23. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert, wo sie unmittelbar nach der Ankunft ermordet wurde; Adolf Böhm, der Autor des Standardwerks „Die zionistische Bewegung“, wurde im April 1941 in der Euthanasieanstalt Hartheim ermordet.¹²

Es gibt mehrere Gründe, warum die Gestapo gerade das Hotel „Metropole“ als Sitz wählte: Zum einen befand es sich in jüdischem Besitz und konnte daher problemlos übernommen werden, zum anderen lag das Gebäude verkehrstechnisch sehr günstig – zentral, leicht erreichbar und nicht weit vom Polizeigefängnis Elisabethpromenade entfernt, wo das Gros der Häftlinge untergebracht war.

Das Hotel „Metropole“ wurde laut Grundbucheintragung vom 26. März 1938 von der Gestapoleitstelle Wien am 25. März 1938 beschlagnahmt.¹³ Schon am 24. Juni 1938 verfügte die Gestapoleitstelle Wien, dass die Eigentumsrechte für das Deutsche Reich, Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, im Grundbuch einverleibt werden.¹⁴ Offenbar wurde die Liegenschaft als „staats- und volksfeindliches Vermögen“ eingezogen.

Ein Zusammenhang mit den politischen Aktivitäten eines der Mitbesitzer der Aktiengesellschaft, Karl Friediger, ist anzunehmen. Friediger, ein überzeugter Legitimist, war nach dem „Anschluss“ nach Prag geflohen und hatte enge Kontakte zu Otto von Habsburg in Paris. Unter dem Decknamen „Feidel“ unterhielt er Verbindungen zur illegalen legitimistischen Widerstandsgruppe, die sich bald nach dem „Anschluss“ in Wien um Hauptmann Karl Burian gebildet hatte und mit dem polnischen Geheimdienst in Verbindung stand. Friediger

11 Mündliche Auskunft von Dr.ⁱⁿ Marianne Schulze an Dr.ⁱⁿ Elisabeth Boeckl-Klamper, 2009.

12 DÖW-Datenbank „Die österreichischen Opfer des Holocaust“, auf: www.doew.at.

13 DÖW 51648 (Kopie der Grundbucheintragungen).

14 Ebenda.

spielte nicht nur die in seinem Besitz befindlichen Hauspläne des Hotel „Metropole“ der Widerstandsgruppe Burian zu, sondern plante zusammen mit dieser auch einen Sprengstoffanschlag auf das Gebäude.¹⁵

Nach der Volksabstimmung am 10. April 1938 wurde mit den Umbauarbeiten des 500 Räume umfassenden Gebäudes begonnen. So wurden beispielsweise die im Parterre gelegenen Lesezimmer, Aufenthaltsräume und Garderoben zu Zellen des „Hausgefängnisses“ umgebaut, ebenso das Kellergeschoss, das darüber hinaus sowohl als Kohlenlager als auch als Folterraum verwendet wurde. Häftlinge, die im Haus vernommen werden sollten, wurden im „Hausgefängnis“ untergebracht.

Die überwiegende Mehrheit der Häftlinge wurde im Polizeigefangenhause auf der Elisabethpromenade („Liesl“ genannt; heute Rossauer Lände) gefangen gehalten, von wo die Häftlinge zum Verhör auf den Morzinplatz gebracht wurden. Für die meisten Häftlinge war das „Hausgefängnis“ am Morzinplatz Durchgangsstation auf dem Weg in Gefängnisse bzw. Konzentrationslager. Trotz zweier Bombentreffer und schwerer Gebäudeschäden wurde der Dienstbetrieb der Gestapo am Morzinplatz bis 6. April 1945 aufrechterhalten, wenngleich bereits ab Jänner 1945 zahlreiche Gestapohäftlinge in andere Haftanstalten transferiert worden waren und sich nicht wenige Gestapobeamte Richtung Westen absetzten. Am 6. April wurde das Gebäude am Morzinplatz geräumt und noch im „Hausgefängnis“ verbliebene Häftlinge nach Strebersdorf abtransportiert, wohin sich auch die verbliebenen Gestapobeamten zurückzogen.¹⁶

Leiter und Mitarbeiter

Die Führungspositionen der Gestapoleitstelle Wien wurden in der Anfangsphase meist von Reichsdeutschen besetzt. Das österreichische Personal bestand vielfach aus Nationalsozialisten, die bereits im Staats- und Polizeidienst der Ersten Republik gearbeitet und sich nach dem Parteiverbot 1933 illegal für die NS-Bewegung betätigt hatten. Der Anteil reichsdeutscher Bediensteter schwankte 1938–1945 zwischen einem Drittel und einem Viertel des gesamten Mitarbeiterstandes der Stapoleitstelle Wien, Bedienstete aus Österreich stellten also über die gesamte Bestandsperiode hinweg die deutliche Mehrheit. Nach dem Geschäftsverteilungsplan I (1938–1942) betrug der Anteil der Reichsdeutschen beim Führungspersonal der Stapoleitstelle Wien ca. 1/3, er sank im Ge-

15 DÖW 4150.

16 Siehe dazu im Detail: Weisz, Die Geheime Staatspolizei, S. 950 ff., 1879 ff.

schäftsverteilungsplan II (1942–1944) auf weniger als 1/4 ab, während im Geschäftsverteilungsplan III (1944/45) wieder etwas mehr als 1/3 der Führungskräfte Reichsdeutsche waren.

Leiter der Stapoleitstelle Wien war vom März 1938 bis Dezember 1944 SS-Brigadeführer Franz Josef Huber, der später auch Inspekteur der Sipo und des SD im Wehrkreis XVII wurde. Der Bayer hatte durch seine von der Münchener Polizei herrührende Bekanntschaft mit dem Chef des Gestapa bzw. des Amtes IV (Gestapo) im RSHA Heinrich Müller beste Beziehungen zu Berlin; darüber hinaus hatte er als Stellvertreter des Höheren SS- und Polizeiführers im Wehrkreis XVII und des Reichsverteidigungskommissars Baldur von Schirach, als Inspekteur der Grenzpolizei in den Wehrkreisen XVII und XVIII sowie formell auch Leiter der für Vertreibung und Deportation der österreichischen Juden zuständigen Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien weitere wichtige Funktionen inne.¹⁷

Als „graue Eminenz“ galt der Stellvertreter Hubers und Leiter des Judenreferats Dr. Karl Ebner, ein aus Südtirol stammender, vormals dem katholischen Cartellverband (CV) angehörender österreichischer Polizeijurist. Wie andere hohe NS-Funktionäre betrieb Ebner eine persönliche Überlebensstrategie für die „Zeit danach“, also die Zeit nach dem Ende des NS-Regimes, eine „Rückversicherung“, indem er gezielt Häftlingen aus dem CV-Bereich und wichtigen Personen, wie z. B. dem wegen seiner jüdischen Ehefrau in Schwierigkeiten befindlichen Schauspieler Hans Moser, behilflich war. Nicht zuletzt die Zeu-
genaussagen dieser Personen bewahrten Ebner nach 1945 vor einem Todesurteil.¹⁸

Arbeit der Gestapo

Die Gestapoleitstelle Wien war die größte Staatspolizeileitstelle des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete. 1939 war sie mit 842 beamteten und nicht-beamteten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen größer als die Leitstelle Berlin. Zusammen mit den Staatspolizeistellen in Graz, Linz, Salzburg, Klagenfurt und

17 Siehe dazu ausführlich Thomas Mang, „Nicht in der Lage, die Judenfrage in Österreich zu lösen“. Gestapo, Gauleitung und „Zentralstelle“ – falsche Mythen und echte Verantwortung, phil. Diss., Wien 2001.

18 Thomas Mang, Retter, um sich selbst zu retten. Die Strategie der Rückversicherung. Dr. Karl Ebner, Leiter-Stellvertreter der Staatspolizeileitstelle Wien 1942–1945, Dipl., Univ. Wien 1998.

Innsbruck verfügte die Gestapo in Österreich über einen Personalstand von rund 2000 Personen.

Karl Ebner nannte einen täglichen Arbeitsanfall in der Zentrale von „rund 3000 Vorgängen“, einen täglichen „Parteienverkehr“ (!) von 450 bis 500 Personen und einen „Gesamtaktenbestand“ von „mehr als 3,500.000 Stück“. Mehr als 50.000 Menschen waren – nach Grobschätzungen – von Verfolgungsmaßnahmen der Gestapo auf österreichischem Boden betroffen.

Die Gestapoleitstelle Wien lieferte alle zwei oder drei Tage einen Tagesrapport/Tagesbericht an das Gestapa bzw. an das RSHA (und andere NS-Stellen), worin Festnahmen von Personen, Beschlagnahmen von Zeitungen, Büchern und sonstigen Druckwerken sowie andere staatspolizeilich relevante Vorgänge berichtet wurden. Diese Berichte liegen vom September 1938 bis Februar 1945 vor. Bis zum Ende des NS-Regimes wurden aus Wien etwa 810 Berichte¹⁹ an die Zentrale in Berlin versandt, die regelmäßig Hinweise zu folgenden Themen gaben: Linke Opposition, wie KPÖ und andere marxistische Gruppen, Nationale Opposition (Vaterländische Front), Katholische Bewegung / Politischer Katholizismus, Opposition (ziviler Ungehorsam, Renitenz, Äußerungsdelikte, Abhören ausländischer Rundfunksendungen), NSDAP und Gliederungen, Juden, Homosexuelle, Presse, Sekten, Wirtschaftsfragen, ausländische Arbeiter, Sonstiges (z. B. Beschlagnahme ausländischer Zeitungen). Insgesamt sind in den erhalten gebliebenen Tagesrapporten knapp 16.000 Personen unter Angabe des vorgeworfenen Delikts, des Festnahmedatums und allfälliger polizeilicher Verfügungen angeführt.

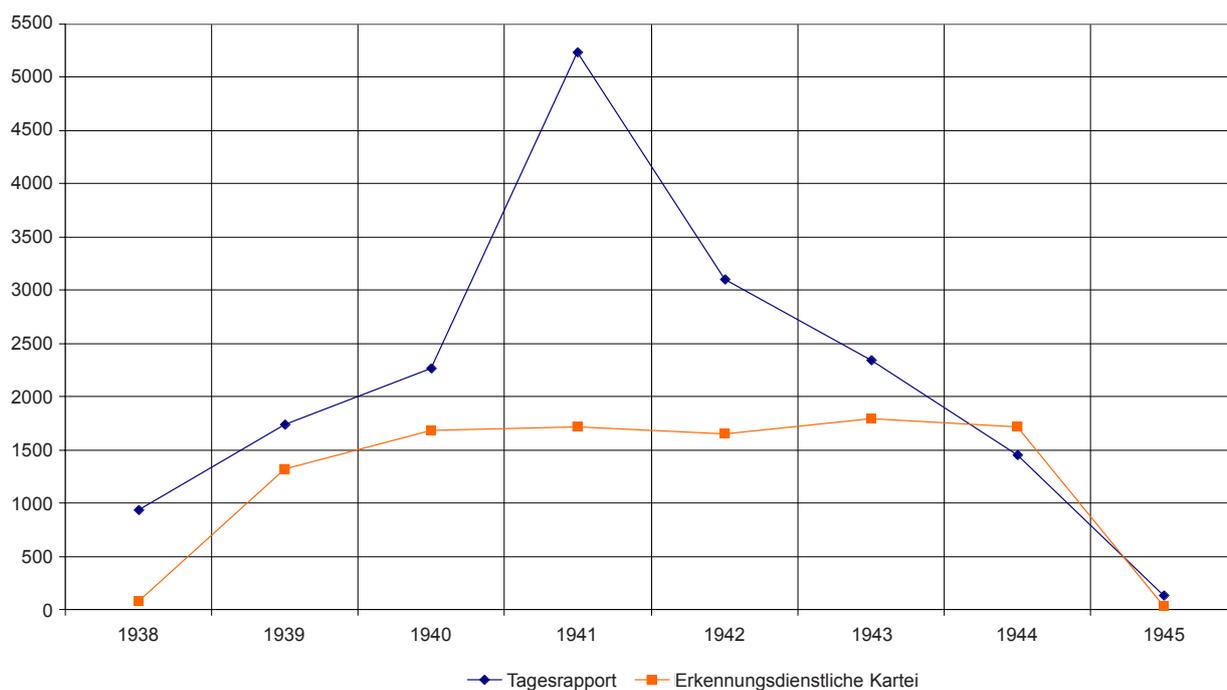
Die von der Gestapo vorgenommene Kategorisierung der im Tagesrapport erwähnten verhafteten Personen spiegelt die Aufgabenbereiche der Gestapoleitstelle Wien wider. Neben der Bekämpfung und Unterdrückung organisierter politischer GegnerInnen sowie individueller Widerständigkeit zählten auch die Aufrechterhaltung von kriegswirtschaftlichem Arbeitszwang und die Überwachung und Kontrolle der immer mehr ansteigenden Zahl von überwiegend zwangsverpflichteten „Fremdarbeitern“ zu den Hauptzielen der Gestapo.

Die festgenommenen Personen wurden erkennungsdienstlich behandelt, d. h., es wurden dreiteilige Porträtfotos angefertigt, die Fingerabdrücke genom-

19 Die – zum Großteil im DÖW vorliegenden – Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien wurden in der Internet-Edition „Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Online“ publiziert. Für die Edition konnten 741 Tagesrapporte mit 5742 Seiten ausgewertet werden. Etwa 70 Rapporte sind verschollen. Die digitalen Faksimiles sind im Volltext durchsuchbar und über einen Personen- und Sachindex erschlossen. Brigitte Bailer / Wolfgang Form (Hrsg.), Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien 1938–1945, Berlin 2009.

men und mit den Personendaten auf Karteiblättern festgehalten. Die – jetzt im Wiener Stadt- und Landesarchiv archivierte, vom DÖW digitalisierte und in einer Datenbank erfasste – Erkennungsdienstliche Kartei der Gestapoleitstelle Wien besteht aus 11.110 Karteikarten sowie einer etwas geringeren Zahl²⁰ von Fotos und den sogenannten Fotografierscheinen, allesamt aus dem Zeitraum November 1938 bis Februar 1945.²¹ Bei mehr als 5000 Personen konnte im Zuge des Projekts das weitere Schicksal, Haftdaten, Lagereinweisungen u. a. geklärt und bisher hinsichtlich 1362 Personen der Tod festgestellt werden.

Graphik 1: Gestapoleitstelle Wien – beamtshandelte Personen



20 Diese Differenz erklärt sich aus dem Umstand, dass nach der Befreiung Fotos entnommen und an überlebende Häftlinge bzw. an Angehörige von Verstorbenen ausgefolgt wurden. Derartige Einzelobjekte finden sich auch im Bestand des DÖW.

21 Ein Teil der Namen ist auf www.doew.at in der Opferdatenbank „Gestapoopfer“ (Nicht mehr anonym. Fotos aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien) abrufbar. Die Datenbank wird laufend erweitert.

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945

In Graphik 1 sind alle von der Gestapo Wien festgenommenen Personen erfasst, die in den Tagesberichten angeführt bzw. erkennungsdienstlich behandelt worden sind. Während die Zahl der vom Erkennungsdienst behandelten Personen über die Jahre im Wesentlichen konstant blieb – wobei allerdings zu beachten ist, dass die Jahre 1938 und 1945 in diesen Quellen nur unvollständig dokumentiert sind –, stieg mit der Umstellung auf kriegswirtschaftliche Verhältnisse und besonders nach Beginn des Russlandfeldzuges die Zahl der in den Tagesrapporten angeführten Personen (insbesondere in den Kategorien Arbeitsdelikte und ausländische Arbeiter) schlagartig an. Es ist davon auszugehen, dass man sich bei den in großer Zahl festgenommenen und meist in Lager überstellten ausländischen ArbeiterInnen vielfach nicht der Mühe einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzog.

Opfergruppen

Die Hauptarbeit in Bezug auf den politischen Widerstand wurde vom Referat IV A „Linksbewegung“ der Gestapo geleistet, dem die Verfolgung der SozialistInnen, KommunistInnen und anderer Linker oblag. Bis Ende 1943 erfolgten – laut einem zusammenfassenden Gestapobericht vom März 1944 – rund 6300 Festnahmen von kommunistischen ParteigängerInnen durch die Stapoleitstelle Wien.²² In den Tagesberichten der Gestapo Wien, die nur einen Teil sämtlicher festgenommener Personen enthalten, sind von den 14.367 ausgewiesenen Festnahmen 4202 (29,2 %) der Arbeiterbewegung (Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter) zuzuordnen.²³

Betriebe schalteten die Gestapo skrupellos in Arbeitskonflikte ein und unbotmäßige ArbeitnehmerInnen wurden staatspolizeilich behandelt,²⁴ d. h. je nach Grad der „Verfehlung“ verwarnt, inhaftiert, misshandelt, an Gerichte oder Lager überstellt oder an die Front geschickt. Im Laufe des Krieges wurden in zunehmendem Maße die zu Hunderttausenden in der Kriegswirtschaft eingesetzten Kriegsgefangenen, FremdarbeiterInnen und ZwangsarbeiterInnen zu bevorzugten Gestapoopfern. In den Tagesrapporten der Gestapo Wien sind die

22 Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 2, 2. Aufl., Wien 1984, S. 82.

23 Siehe dazu und zu den folgenden Zahlenangaben den Beitrag von Brigitte Bailer und Gerhard Ungar über die Ergebnisse des Projekts, Graphik 2 (Kategorien der Tagesberichte der Gestapo Wien).

24 Ebenda, S. 401 ff.

Namen von 2252 ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen (15,7 % aller angeführten Festgenommenen) verzeichnet. Wegen geringfügiger Delikte (wie Zuspätkommen zur Arbeit, unerlaubte Entfernung vom Arbeitsplatz etc.) erfolgten Einweisungen in KZ und Arbeitslager.²⁵ Hinrichtungen von Polen und Ostarbeitern wegen „verbotenen Umgangs“ mit deutschen (österreichischen) Frauen vollzog die Gestapo – ohne gesetzliche Grundlage – vor den Augen der Bevölkerung.²⁶

Auch Verstöße gegen die kriegswirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen (wie z. B. Schwarzhandel, Nichtablieferung bäuerlicher Produkte u. dgl.) wurden von der Gestapo rigoros verfolgt. Auf Grund dieser in der Kategorie Wirtschaftsangelegenheiten zusammengefassten Delikte erfolgten 2392 Festnahmen (16,6 % der Gesamtzahl). Da in diesem Bereich eine hohe Dunkelziffer anzunehmen ist, wird ersichtlich, dass die restriktiven NS-Maßnahmen auf nicht geringe Ablehnung in der Bevölkerung stießen.

Neben der Arbeiterbewegung war das katholisch-konservative Lager die zweite große Gruppe des organisierten politischen Widerstandes. Die Tagesberichte der Gestapo Wien weisen 930 festgenommene Personen aus dem katholisch-konservativen Lager (6,5 %) und 301 Personen aus dem kirchlichen Bereich (2,1 %) aus, zusammen sind dies 1231 (oder 8,6 %). Die dritte große Kategorie des Widerstandes mit 1927 Festnahmen (13,4 %) bildete der Widerstand von Einzelpersonen, dazu gehörten Verstöße gegen das Heimtückegesetz, verbotenes Abhören ausländischer Sender, verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen u. a. – Delikte, die in der Regel von den Sondergerichten geahndet wurden. Die Entscheidung, ob HörerInnen ausländischer Sender („Rundfunkverbrechen“) dem Gericht angezeigt wurden oder mit einer Verwarnung davonkamen, lag ausschließlich in der Kompetenz der Gestapo.²⁷

1532 Festnahmen (10,7 %) wurden in Zusammenhang mit „Judenangelegenheiten“ in den Tagesberichten verzeichnet. Dabei sind zum einen Jüdinnen und Juden enthalten, die gegen eine der unzähligen diskriminierenden Vorschriften (Tragen des „Judensterns“, Besuch von Kinos, Parkanlagen und dgl., Nichtablieferung von Juden nicht mehr erlaubten Gegenständen u. v. a.) ver-

25 Franz Weisz, Personell vor allem ein „ständestaatlicher Polizeikörper“. Die Gestapo in Österreich, in: Gerhard Paul / Klaus Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 457; Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart–München 2000, S. 11 ff.

26 Siehe dazu: Dagmar Weitz, „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen“ vor dem Sondergericht Wien, Dipl., Univ. Wien 2006.

27 Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, RGBl. I 1939 S. 1683.

stießen oder versuchten, sich der Deportation zu entziehen. Solche jüdischen Gestapo-Häftlinge wurden in der Regel in ein KZ, meist Auschwitz, deportiert, was einem Todesurteil gleichkam. Zum anderen sind in dieser Gestapo-Kategorie auch sogenannte „Arier“ enthalten, die Jüdinnen und Juden in verschiedener Weise (mit Essen, Unterkunftgewährung, Fluchthilfe etc.) halfen. Auch diese Menschen wurden meist – ohne Gerichtsverfahren – in KZ gebracht. Weiters gehörten dazu auch die Festnahmen wegen sogenannter „Rassenschande“, also sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden. Dieses Delikt wurde zwar gerichtlich geahndet; da Frauen aber – auf Weisung Hitlers – ausgenommen waren, ging die Gestapo in solchen Fällen mit KZ-Einweisung vor.²⁸

Die Tagesberichte der Gestapo Wien verzeichnen 230 Festnahmen von Zeugen Jehovas („Bibelforscher“); das waren 1,4 % der Gesamtzahl. Die Radikalität der Repression dieser religiösen Kleingruppe, die in Österreich 1938 nur etwa 550 Personen umfasste, hängt mit deren pazifistischen Grundeinstellung zusammen. Nahezu alle Todesurteile gegen österreichische Wehrdienstverweigerer wurden gegen Zeugen Jehovas verhängt. Am 8. Juni 1940 erging ein Erlass des RSHA, alle Angehörigen der Internationalen Bibelforschervereinigung (IBV) – schlagartig am 12. Juni – in Schutzhaft zu nehmen, wobei ausdrücklich auch die Frauen eingeschlossen waren. Diese große Verhaftungsaktion wurde – wie der stellvertretende Wiener Gestapochef Karl Ebner 1947 vor Gericht aussagte – auch auf ehemals österreichischem Gebiet durchgeführt.²⁹

Dass die Zahl der Festnahmen von Homosexuellen durch die Gestapo Wien (207 Personen oder 1,6 %) nicht höher ist, erklärt sich damit, dass dieses Delikt hauptsächlich von der Kriminalpolizei verfolgt wurde.

Bei den Festnahmen von Angehörigen der NSDAP (197 oder 1,3 %) ist zu berücksichtigen, dass diese nur zum Teil wegen widerständigen Verhaltens oder politischen Abweichungen erfolgten; vielmehr handelte es sich dabei auch um simple kriminelle Verfehlungen (wie z. B. Unterschlagungen im Zuge von „wildem Arisierungen“).

Die Zahl der wegen Sabotage inhaftierten Personen – gleichfalls 197 oder 1,3 % – ist relativ gering, wenn man bedenkt, dass weniger effiziente, aber genauso rigoros bestrafte Formen des Widerstands wie Spendensammeln oder Flugblattverteilen in weitaus größerem Ausmaß verbreitet waren. Offenbar beschädigten die kommunistischen WiderstandskämpferInnen in den Betrieben in der Regel eher nicht ihre Arbeitsgeräte oder ihre Produktion.

28 Die Strafverfolgung erfolgte auf Grund des „Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935 („Blutschutzgesetz“), RGBl. I S. 1146.

29 Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, S. 163 f.

Die an dieser Stelle angeführten Zahlen beziehen sich – wie erwähnt – auf die Gestapoleitstelle Wien, deren Arbeitsbereich in Ostösterreich ungefähr die Hälfte der damaligen österreichischen Bevölkerung umfasste. Bezüglich anderer Teile Österreichs liegen so aussagekräftige Quellen wie die Gestapo-Tagesberichte kaum oder überhaupt nicht vor. Aus den Unterlagen der NS-Gerichte, deren Urteile ja weitgehend auf den Gestapoermittlungen basierten, ist jedoch ersichtlich, dass die Zusammensetzung der Gestapohäftlinge außerhalb des Amtsbereiches der Gestapo Wien nicht wesentlich anders aussah. Auf der einen Seite war in den westlichen Reichsgauen (Tirol-Vorarlberg, Salzburg) der Anteil der Verfolgten aus dem Bereich katholische Kirche und katholisch-konservativer Widerstand höher; auf der anderen Seite war in den südlichen Reichsgauen (Steiermark, Kärnten) die quantitative Dominanz des kommunistisch orientierten Widerstandes auf Grund der industriellen Struktur der Steiermark bzw. des von der slowenischen Volksgruppe ausgehenden Partisanenkampfes noch größer. Detaillierte Untersuchungen dazu sind im Gange bzw. noch ausständig.³⁰

Spitzel und DenunziantInnen

Entgegen der landläufigen Darstellung von grausamen Gestapobeamten in langen schwarzen Mänteln waren bei der Gestapo nicht nur die berüchtigten primitiven Schläger am Werk, sondern auch erfahrene, hochintelligente und deshalb für den organisierten Widerstand besonders gefährliche Geheimdienstexperten, um die sich nach 1945 nicht zuletzt alliierte Nachrichtendienste bemühten. Gegen politische Widerstandsgruppen kamen vor allem (bezahlte) „V-Leute“ (Spitzel) und Agents provocateurs zum Einsatz, die einem eigenen, von Johann Sanitzer bzw. Lambert Leutgeb geleiteten Referat IV N unterstanden.³¹ Die Gestapo Wien dürfte nach Schätzungen etwa 400 bis 600 Konfidenten beschäftigt haben. Die großen Gruppen des kommunistischen, sozialistischen und katholisch-konservativen Widerstandes wurden hauptsächlich durch drei „V-Männer“ – den 1945 flüchtigen Kurt Koppel (Deckname „Ossi“), den

30 Siehe dazu: Wolfgang Neugebauer, Widerstand in der Steiermark, in: Heimo Halbrainer / Gerald Lamprecht / Ursula Mindler (Hrsg.), NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurs, Wien–Köln–Weimar 2012, S. 299–316. In diesem Beitrag werden erste Ergebnisse des DÖW-Projekts „Widerstand und Verfolgung in der Steiermark“ referiert.

31 Siehe dazu: Christine Cezanne-Thauss, Lambert Leutgeb. Ein Wiener Gestapobeamter und seine Spitzel. Zur Biographie und Tätigkeit Lambert Leutgeb, Leiter des Nachrichtenreferats der Gestapoleitstelle Wien, Dipl., Univ. Wien 2003.

bislang nicht identifizierten „Edi“ und den 1947 zu lebenslanger Haft verurteilten Burgschauspieler Otto Hartmann – aufgerollt.³² Besonders „erfolgreich“ operierte der für die Bekämpfung der von den Alliierten über österreichischem Gebiet abgesetzten Fallschirmagenten zuständige Gestapobeamte Johann Sanitzer, Leiter des Referats IVa2. Durch brutale Folterungen konnte er zahlreiche Agenten insbesondere aus dem kommunistischen Bereich „umdrehen“ und zu „Funkspielen“ mit ihren Auftraggebern im Ausland zwingen, wobei vor allem Desinformationen über militärische Belange gefunkt wurden. Neu eintreffende Fallschirmspringer wurden meist unmittelbar nach der Landung oder nach einer Zeit der Observation gemeinsam mit ihren Kontaktleuten (einschließlich des familiären Umfeldes) verhaftet.³³ Sanitzer brachte seine Dienststelle (samt wichtigen Häftlingen) in der beschlagnahmten Villa des als Widerstandskämpfer inhaftierten Semperit-Generaldirektors Franz Josef Messner in Wien 18., Hasenauerstraße 61, unter.³⁴

In der neueren wissenschaftlichen Literatur wird der „Mythos“ Gestapo thematisiert,³⁵ wobei herausgearbeitet wird, dass der Gestapo mit ihrem – im Vergleich zur Stasi der DDR – relativ kleinen Apparat nicht jene Allmächtigkeit und Allgegenwärtigkeit zukam, die ihr vom Regime wie von GegnerInnen zugeschrieben wurde. Die Gestapo war in ihrer Arbeit auf die Mitwirkung von „Partei- und Volksgenossen“ angewiesen. Die in der Tat massenhaft erfolgten Denunziationen³⁶ beschränkten sich jedoch im Wesentlichen auf den soge-

32 Diana Albu / Franz Weisz, Spitzel und Spitzelwesen der Gestapo in Wien von 1938 bis 1945, in: Wiener Geschichtsblätter, 54. Jg., Heft 3 (1999), S. 169–208; Hans Schafranek, V-Leute und „Verräter“. Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: IWK, 36. Jg., Nr. 3/2000, S. 300–349; ders., Julius Kornweitz und Leo Gabler. Auslandsemissäre der KPÖ im Visier der Gestapo, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 2011, Wien 2011, S. 185–208.

33 Der nach 1945 von einem Wiener Volksgericht zu lebenslanger Haft verurteilte Sanitzer wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht in die UdSSR gebracht und dort zu umfassenden Geständnissen über seine Tätigkeit und seine Mitarbeiter, Kontaktleute und Opfer gezwungen. Eine Übersetzung der Einvernahmeprotokolle wurde dem DÖW dankenswerterweise von Dr. Hans Schafranek überlassen. Siehe dazu weiters: Cezanne-Thauss, Lambert Leutgeb; Leopold Banny, Ihre Namen sind verweht ... Österreicher bei Geheimunternehmen in ihrer Heimat während des Zweiten Weltkriegs, 1938–1944, Manuskript DÖW.

34 DÖW 8912.

35 Siehe dazu v. a. Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn 1994; Paul / Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo.

36 Siehe dazu: Karl-Heinz Reuband, Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen, in: Historical Social Research, Vol. 26, 2001, No. 2/3, S. 219–234.

nannten „kleinen Widerstand“, auf „heimtückische Äußerungen“ und „Wehrkraftzersetzung“, „Rundfunkverbrechen“ und Wirtschaftsdelikte; sie kamen so gut wie nicht im Bereich des organisierten politischen Widerstandes vor. Die kommunistischen Betriebsgruppen fielen nicht der (durchaus möglichen) Denunziation von BetriebskollegInnen zum Opfer, und ebenso verhielt es sich im Milieu des katholisch-konservativ-legitimistischen Widerstandes und des bäuerlichen Resistenzverhaltens. Im Hinblick auf weit reichende Interpretationen des Denunziationsverhaltens ist es wichtig zu klären, wer die DenunziantInnen waren; denn es bedeutet einen qualitativen Unterschied, ob diese einen Querschnitt durch die Bevölkerung darstellten und damit deren Identifikation mit dem Terrorregime zum Ausdruck kam oder ob es sich in hohem Maße ohnehin um NS-ParteigängerInnen handelte. Für Wien liegt die Nachkriegsangabe des stellvertretenden Leiters Ebner vor, wonach die gegen Juden und Jüdinnen gerichteten Denunziationen zu 50 % von der Partei, zu 25 % von anderen Dienststellen und zu 25 % von Privatpersonen stammten.³⁷ Der Grazer Historiker Heimo Halbrainer hat für die Steiermark festgestellt, dass nur 28 % der DenunziantInnen nicht Mitglieder der NSDAP waren, während nahezu 70 % aus den Reihen der NSDAP und deren Organisationen kamen.³⁸ Das heißt, die DenunziantInnen waren in ihrer übergroßen Mehrheit nicht einfache „Volksgenossen“, sondern „Parteigenossen“. Es ist daher überzogen, aus einer angeblich oder tatsächlich hohen Denunziationsbereitschaft den Schluss zu ziehen, dass man beim NS-Regime nicht mehr von einem Regime oder einer Diktatur, sondern von einem „nationalsozialistischen Volksstaat“ sprechen müsse.³⁹

Folter, Morde und Selbstmorde

Der tendenziell relativierende Begriff „Mythos Gestapo“ darf nicht übersehen lassen, dass Effektivität und Effizienz der Gestapotätigkeit, die „Erfolgsquote“, sehr hoch waren: Nicht nur tausende RegimegegnerInnen, deren Opposition sich vor allem verbal äußerte, wurden ausgeforscht, auch der Großteil des or-

37 Mang, „Nicht in der Lage, die Judenfrage in Österreich zu lösen“, S. 42 f.

38 Heimo Halbrainer, Denunziation in der Steiermark 1938–1945 und die Aufarbeitung dieses NS-Verbrechens in der Zweiten Republik, phil. Diss., Graz 2005, S. 148.

39 So der Berliner Historiker Götz Aly bei der Wiener Präsentation des Buches von Eric A. Johnson, Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2001; Götz Aly zitiert nach: Aussendung Austria Presse Agentur, 31. 10. 2001 (APA 035 5 II 049 AI).

ganisierten Widerstandes wurde – zumindest bis 1943/44 – zerschlagen. Diese Erfolge verdankte die Gestapo durchaus traditionellen Polizeimethoden und insbesondere in totalitären Diktaturen üblichen Praktiken. Wie aus zahlreichen ZeitzeugInnenberichten, aber auch aus den Volksgerichtsverfahren gegen Gestapobeamte hervorgeht, war die Tätigkeit der Gestapo durch äußerste Brutalität gekennzeichnet. Misshandlungen, Folterungen der Häftlinge zwecks Erzielung von Geständnissen, terroristische Bestrafung waren nicht Ausnahme, sondern die Regel.⁴⁰ Der Schriftsteller Jean Améry, 1943 in Belgien selbst Folteropfer der Gestapo, schrieb, dass „die Tortur kein Akzidens [des Nationalsozialismus] war, sondern seine Essenz. [...] Gerade in ihr habe sich das Dritte Reich in seiner ganzen Bestandsdichte verwirklicht.“⁴¹

Zur täglichen Praxis der Gestapo Wien gehörten die beschönigend „verschärfte Vernehmungen“ genannten Folterungen, die der Leiter, also Huber, ab 1942 ohne Genehmigung durch das Reichssicherheitshauptamt anordnen konnte. Hubers Stellvertreter Ebner sagte später dazu aus: „Es wurden in allen Referaten verschärfte Verhöre durchgeführt und genehmigt.“ Die Häftlinge wurden in den Büros der Gestapobeamten bzw. im Keller oft wochenlang solchen Verhören unterzogen, um Geständnisse bzw. Angaben über Mittäter zu erpressen. Manche Häftlinge versuchten, sich durch Selbstmord diesen Torturen zu entziehen. So sprang die von Beamten der Gestapo Wien schwer misshandelte Widerstandskämpferin Rosa Grossmann (geb. 7. 1. 1920; verheiratete Breuer) am 23. Oktober 1943 aus dem 4. Stockwerk des Stiegenhauses in die mit Glas überdachte ehemalige Hotelhalle; sie überlebte schwer verletzt und konnte 1949 im Volksgerichtsprozess gegen den verantwortlichen Gestapobeamten Johann Sanitzer als Zeugin aussagen.⁴²

Mysteriös ist der Hintergrund des Todes der Widerstandskämpferin Leopoldine Hornig, die die bürgerliche Widerstandsgruppe „Bellaria-Kreis“ (angesiedelt in der Konditorei Bellaria im 1. Wiener Gemeindebezirk) geleitet hatte, die seit 1943 NS-feindliche Flugblätter in Wien verbreitet und Kontakte ins Ausland hatte. Mehrere Angehörige dieser Gruppe wurden Anfang Dezember 1944 von der Gestapo Wien festgenommen und misshandelt. Leopoldine

40 Weisz, *Die Geheime Staatspolizei*, S. 513.

41 Jean Améry, *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*, 2. Aufl., München 1966, S. 45.

42 DÖW 8912b (Protokoll der Hauptverhandlung des VG-Verfahrens Vg 11c Vr 586/47 gegen Johann Sanitzer, 14. 1. 1949); siehe dazu auch: Erica Fischer, *Das Wichtigste ist, sich selber treu zu bleiben. Die Geschichte der Zwillingsschwestern Rosl und Liesl*, Wien 2005, S. 107 ff.

Hornig wurde unter falschem Namen („Marie Novotny“) in das Amtsgerichtsgefängnis Neunkirchen gebracht, wo sie am 1. Jänner 1945 starb.⁴³

Der kommunistische Widerstandskämpfer Josef Fohringer, ein 1899 geborener Schlossergehilfe, wusste, was auf ihn zukam, als er am 31. Oktober 1941 von der Gestapo Wien verhaftet wurde, denn er war zuvor schon mehrfach in Haft gewesen, u. a. 1939/40 im KZ Buchenwald. Über sein tragisches Ende gibt der Tagesbericht der Gestapo Wien vom 31. Oktober bis 1. November 1941 Auskunft:

„Während der Haussuchung in der Wohnung des Fohringer bat dieser die einschreitenden Beamten den am Hausgange befindlichen Abort zur Verrichtung seiner Notdurft aufsuchen zu dürfen. Beim Betreten des Abortes versetzte Fohringer dem begleitenden Beamten einen Stoß gegen die Brust, so dass dieser zurücktaumelte und Fohringer die Aborttür zuschlugen und von innen verriegeln konnte. Trotzdem die Aborttür von dem Beamten sofort gewaltsam erbrochen wurde, war es Fohringer bereits gelungen, durch das Abortfenster zu schlüpfen und sich drei Stockwerke tief in den Hof seines Wohnhauses zu stürzen. Bei dem Sturz hat Fohringer einen Schädelgrundbruch und innere Verletzungen erlitten, die sofort seinen Tod herbeiführten.“⁴⁴



Der Wiener Josef Fohringer (geb. 1899) entzog sich 1941 einer neuerlichen Festnahme durch Selbstmord.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Auch der Eisenbahner Leopold Tischer (geb. 5. 9. 1893), der am 19. Jänner 1942 wegen Betätigung für die KPÖ festgenommen worden war, kam nach we-

43 DÖW 19831, 20000/a9, 20100/17.

44 Datenbank Gestapoopfer.

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945

nigen Tagen, am 24. Jänner 1942, in der Gestapohaft um. In der Sterbeurkunde ist „Tod durch Erhängen, Selbsttötung“ angeführt.⁴⁵

Todesfälle wurden bei Folterungen nach Möglichkeit vermieden – nicht aus humanen Erwägungen, sondern um bürokratisch-juristischen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Im Zuge des gegenständlichen Projekts konnten die Namen und Daten von zumindest 20 Menschen ermittelt werden, die direkt in der Haft der Polizei umgekommen sind; manche starben nach Misshandlungen durch die Gestapo in gerichtlicher Haft. Der Wiener Straßenbahnschaffner Franz Kokta (geb. 24. 9. 1895), der kommunistische Parteigelder zur Aufbewahrung übernommen hatte, wurde am 3. Dezember 1941 von der Gestapo Wien festgenommen und starb am 13. 1. 1942 in der Haft. Der Drechslergehilfe Franz Rouca (geb. 31. 8. 1884) aus Wien wurde am 6. 4. 1943 wegen kommunistischer Betätigung in Gestapohaft genommen, weil er den Moskauer Sender abgehört hatte, und kam zwölf Tage später im Polizeigefangenhause Wien ums Leben.⁴⁶

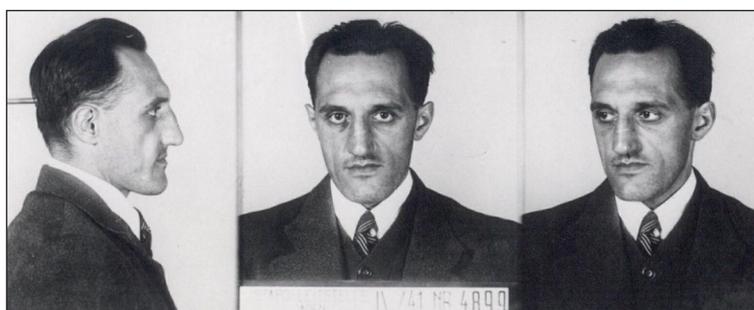
Franz Rouca (geb. 1884) kam zwölf Tage nach seiner Festnahme – am 18. April 1943 – im Polizeigefangenhause Wien ums Leben.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv



Edgar Diasek (geb. 1909), Leiter der „Tschechischen Sektion“ der KPÖ, wurde am 26. September 1941 festgenommen und am 6. November 1941 im KZ Mauthausen erschossen.

Foto: DÖW

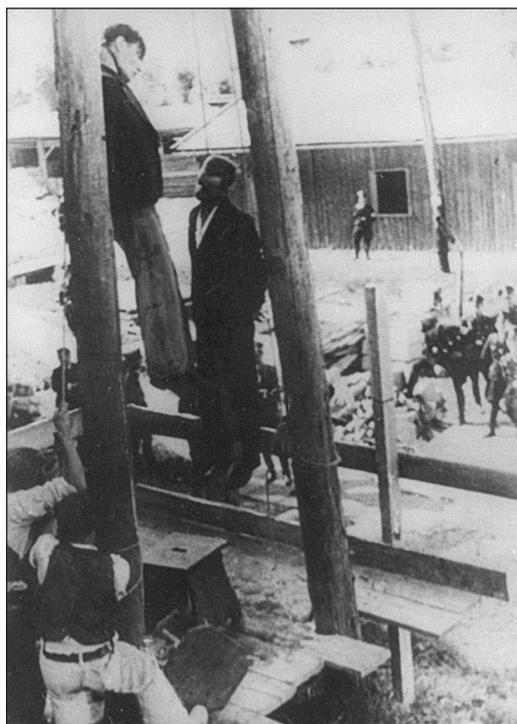


45 Ebenda.

46 Ebenda.

Wollte die Gestapo Häftlinge liquidieren, wurden diese mit dem Vermerk „Rückkehr unerwünscht“ in Konzentrationslager, meist Mauthausen oder Auschwitz, gebracht und dort ermordet. In den verschiedenen Lagern starben ungleich mehr Häftlinge als im unmittelbaren Gewahrsam der Gestapo. So wurden z. B. zahlreiche verhaftete Angehörige der sogenannten „Tschechischen Sektion“ der KPÖ auf Anordnung Himmlers von der Gestapo in das KZ Mauthausen überstellt und dort im November 1941 ohne gerichtliches Verfahren erschossen.⁴⁷

In bestimmten Fällen konnte die Gestapo aber auch selbst, ohne jedes Gerichtsverfahren, „Hinrichtungen“ durchführen, z. B. an polnischen Fremdarbeitern, die sich mit deutschen/österreichischen Frauen eingelassen hatten. Diese Morde wurden zur Abschreckung öffentlich vollzogen.⁴⁸



Hinrichtung von zwei polnischen Fremdarbeitern im Lager Kirchbichl (Tirol) durch die Gestapo Innsbruck, Herbst 1940

Foto: DÖW

47 Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, S. 338 ff. Diese Opfer wurden im gegenständlichen Projekt nicht der Gestapo, sondern den Konzentrationslagern zugeordnet.

48 Siehe dazu u. a.: Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 1, Wien 1984, Bildteil, Nr. 19; Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumen-

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass die Wiener Gestapo involviert war, als im April 1938 mehrere Exponenten des untergegangenen Regimes der Vaterländischen Front durch Mord oder erzwungenen Selbstmord zu Tode gebracht wurden. So erschoss sich der ehemalige Vizekanzler Major a. D. Emil Fey am 23. März 1938, nachdem er zuvor von der Gestapo einvernommen worden war. Auch seine Frau Malvine und sein Sohn Herbert starben an diesem Tag; im Totenschau-Befund wurde „Familienselbstmord“ festgestellt.⁴⁹ Am 11. April 1938 starb der vormalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium General Wilhelm Zehner, der für den Einsatz des Bundesheeres zur Verteidigung Österreichs plädiert hatte, an einer Schussverletzung, als Gestapobeamte in seine Wohnung eindrangen. Während im amtlichen Totenschau-Befund „Selbsttötung“ vermerkt wurde, sprach die – bei der Tat anwesend gewesene – Ehefrau Zehners von einem Mord durch die Gestapobeamten.⁵⁰

Die Gestapo Graz ermordete kurz vor Kriegsende zahlreiche Häftlinge, darunter die steirischen WiderstandskämpferInnen Dr.ⁱⁿ Julia Pongracic und Fritz Marsch, auf dem Schießplatz Feliferhof. Auf dem zur Belgierkaserne (damals SS-Kaserne Wetzelsdorf) gehörenden Feliferhof, der schon seit 1869 als Schießplatz vom Militär genutzt wurde, wurden während der NS-Zeit mindestens 300 Personen ermordet. Von September 1941 bis zur Errichtung einer Hinrichtungsstätte im Grazer Landesgericht im Jahr 1943 wurden hier Todesurteile von Militär- und Polizeigerichten vollstreckt. Auch ab Februar 1945 wurden hier wieder Erschießungen durchgeführt.⁵¹

Die Gestapo Innsbruck deckte im April 1945 eine große Tiroler Widerstandsgruppe auf, die über den Verbindungsmann Fritz Molden mit dem US-Kriegsgeheimdienst OSS eng kooperierte. Die festgenommenen Widerstandskämpfer wurden schwer misshandelt, wobei einer der führenden Köpfe, der Innsbrucker Radiohändler Robert Moser, am 22. April 1945 umkam.

Bei Verhaftungen gingen die Gestapobeamten mit äußerster Härte vor, schreckten vor dem Einsatz von Schusswaffen nicht zurück und misshandelten

tation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 2, Wien 1982, S. 439 ff.; Weitz, „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen“.

49 DÖW 12933.

50 DÖW 12933. Siehe dazu ausführlich: Daniela Angetter, Gott schütze Österreich. Wilhelm Zehner (1883–1938). Porträt eines österreichischen Soldaten, 2. Aufl., Wien 2006.

51 Siehe dazu: Stefan Karner / Harald Knoll, Der „Feliferhof“. Forschungsprojekt des BMLV/Büro für Wehrpolitik, durchgeführt vom Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Wien 2001; Hans Janeschitz, Felieferhof [Feliferhof]. Ein Bericht über die amtlichen Untersuchungen der Massenmorde in der Schießstätte Felieferhof mit Namenslisten der Opfer aus der Untersteiermark, Graz 1946.

vielfach Häftlinge schon im Zuge der Festnahme und des Transportes. In einem Schreiben der Gestapo Innsbruck vom 23. April 1945 wurde in Bezug auf die Festnahme von Tiroler Widerstandskämpfern angeordnet: „Bei der Verhaftung ist rücksichtslos vorzugehen und im Bedarfsfalle von den Sonderbestimmungen des Waffengebrauchs unverzüglich Gebrauch zu machen.“⁵²

Im November 1944 verhafteten Gestapobeamte auf Grund einer Meldung des SD vier Angehörige des OSS-Kommandounternehmens „Dupont“ – einen US-Offizier und drei österreichische Widerstandskämpfer –, die durch glückliche Umstände überlebten, während ihr Kontaktmann, Josef Prieler, der Gemeindeamtman von Schützen (Burgenland), bei der Festnahme erschossen wurde.⁵³

KZ-Einweisungen

Sein volles Ausmaß erreichte der von der Gestapo u. a. ausgeübte Terror erst durch das Zusammenwirken mit der Einrichtung der Konzentrationslager, also den staatlichen Zwangsarbeits-, z. T. auch Vernichtungslagern, in die die Gestapo Häftlinge ohne (Gerichts-)Verfahren aufgrund eines beim Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) bzw. (ab 1939) Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin beantragten Schutzhaftbefehles einweisen konnte.

Mit dieser KZ-Einweisungskompetenz hatte die Gestapo gegenüber der Justiz die Priorität bei der Verfolgung. Nach welchen Kriterien bei der Gestapo entschieden wurde, wer an die Justiz zur strafrechtlichen Aburteilung überstellt und wer mit Schutzhaftbefehl in ein KZ gebracht wurde, ist nicht eindeutig nachvollziehbar. Zum einen war ein nicht geringes Maß an Willkür vorhanden, zum anderen gab es bestimmte Gründe, eine KZ-Einweisung einem Gerichtsverfahren vorzuziehen, z. B. im Falle von Fallschirmagenten, von „umgedrehten“ Häftlingen, die noch gebraucht wurden, oder wo man meinte, dass zwar ein Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit gegeben war, aber die Beweislage für ein Gerichtsverfahren zu dürftig schien. Dazu kam eine große Zahl von Häftlingen, die auf Grund von zentral (Gestapa, RSHA) angeordneten großflächigen Verhaftungsaktionen, u. a. in der Woche vor dem Kriegsausbruch am 1. September 1939, in KZ gebracht wurden.

52 DÖW 5210.

53 Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2004, S. 128.

An der ersten großen Verhaftungswelle in Österreich im März/April 1938 – nicht mehr verifizierbare Schätzungen sprechen von 50.000 bis 76.000 Personen – war die Gestapo nur mitbeteiligt, zumal die meisten damals Festgenommenen auf lokaler oder regionaler Ebene von einheimischen Nationalsozialisten, auch selbst ernannten Amtsträgern inhaftiert wurden und darüber kaum Aufzeichnungen vorhanden sind. Der Großteil dieser Inhaftierten wurde jedoch noch vor der Volksabstimmung am 10. April 1938 freigelassen. Die bekanntesten politischen Häftlinge sowie jüdische Funktionäre wurden, beginnend mit dem sogenannten „Prominententransport“ vom 1. April 1938, in Konzentrationslager – zumeist nach Dachau – überstellt. Diese ersten großen KZ-Transporte wurden vor allem von der Gestapoleitstelle Wien organisiert. Aus dem Tagesrapport der Gestapoleitstelle Wien vom 8. und 9. Dezember 1938 geht hervor, dass seit dem „Anschluss“ allein von dieser Gestapoleitstelle „insgesamt 20.973 Schutzhäftlinge behandelt wurden“.⁵⁴ Im Jahre 1938 verzeichnete das KZ Dachau 18.600 Zugänge, von denen 7861 aus Österreich kamen; von diesen Häftlingen waren 5992 Juden und 708 „Politische“ („Schutzhaft“).⁵⁵

Juden wurden mit der 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 der Justiz entzogen und dem SS- und Polizeiapparat überantwortet;⁵⁶ das bedeutete, dass ab diesem Zeitpunkt jüdische WiderstandskämpferInnen nach der „Behandlung“ durch die Gestapo generell in KZ deportiert wurden. Von dieser Regelung waren etwa die meisten Angehörigen der weit verzweigten kommunistischen Widerstandsgruppe betroffen, die 1942/43 aus Frankreich nach Österreich zurückgekehrt waren. So wurde der 1911 geborene Spanienkämpfer Walter Greif, der mit gefälschten Papieren als französischer Zivilarbeiter getarnt im November 1942 im Auftrag der Auslandsleitung der KPÖ nach Wien gekommen war, am 28. August 1943 von der Gestapo Wien verhaftet, nach Auschwitz deportiert und dort laut Zeugenaussagen erschossen.⁵⁷

Auch Leute, die Juden und Jüdinnen unterstützten, indem sie ihnen zur Flucht verhelfen, Unterkunft gewährten oder Essen gaben, wurden in der Regel in Konzentrationslager, meist Auschwitz, eingeliefert, da der Umgang mit Juden und Jüdinnen – im Unterschied zum „verbotenen Umgang“ mit Kriegsge-

54 National Archives Microcopy T 84 R13, 39 752 (DÖW 51647). Siehe dazu: Wolfgang Neugebauer, Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, in: Dachauer Hefte, Heft 14 (1998), S. 19; Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, Stacheldraht mit Tod geladen ... Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, Wien 2008, S. 8.

55 Auswertung der Datenbank „Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938–1945“.

56 RGBl. 1943 S. 372.

57 Datenbank Gestapoopfer.

fangenen – kein strafrechtliches, von Gerichten zu verfolgendes Delikt war.⁵⁸ So wurde die Medizinstudentin Ella Lingens (geb. 18. 11. 1908) gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Unterarzt Dr. Kurt Lingens (geb. 31. 5. 1912), wegen versuchter Fluchthilfe am 13. Oktober 1942 festgenommen und im Februar 1943 nach Auschwitz überstellt. Während Kurt Lingens zu einer militärischen Strafeinheit versetzt wurde, verblieb Ella Lingens bis zur Befreiung am 1. Mai 1945 in den KZ Auschwitz bzw. Dachau, wo sie als Häftlingsärztin ihren Mitgefangenen zu helfen versuchte. Das Ehepaar Lingens wurde später von Yad Vashem als „Gerechte der Völker“ geehrt.⁵⁹

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945



Ella Lingens (geb. 1908) unterstützte Jüdinnen und Juden. Sie wurde wegen versuchter Fluchthilfe festgenommen und nach Auschwitz überstellt.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

In den zu Tausenden ausgestellten Schutzhaftbefehlen genügte der bloße Verdacht „staatsfeindlicher“ Haltung oder die Befürchtung einer – noch gar nicht stattgefundenen – „staatsfeindlichen“ Betätigung als Grund für KZ-Einweisung. So heißt es z. B. in dem Schutzhaftbefehl des Gestapa Berlin vom 5. Jänner 1940 für den RS-Funktionär Franz Heigelmayr, einen 1895 geborenen Krankenkassenangestellten, der bereits 1934 bis 1938 aus politischen Gründen mehrere Monate inhaftiert gewesen war: „Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er der Betätigung für die RS und damit der Vorbereitung zum Hochverrat dringend verdächtig ist.“⁶⁰ In dem vom Gestapa am 5. April 1939 ausgestellten Schutzhaftbefehl für den vormaligen Landeshauptmann der Steiermark Dr. Karl Maria Stepan, der schon am 12. März 1938 verhaftet und mit dem ersten Österreicher-Transport am 1. April 1938 in das KZ Dachau gebracht worden war, wurde in der Begrün-

58 Siehe dazu: Erika Weinzierl, *Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945*, 4. Aufl., Graz 1997.

59 DÖW 5733f.

60 Datenbank Gestapoopfer.

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
II D Haft Nr. H. 8562.

Berlin SW 11, den 5.1. 1940
Ding-Albrecht-Straße 8

In Haft vom 22. August 1939
bis 18. März 1940

Schutzhaftbefehl

Vor- und Zuname: Franz Heigelmayr
Geburtsdag und -Ort: 22.5.95 zu Wien
Beruf: Krankenkassenangestellter
Familienstand: Verheiratet
Staatsangehörigkeit: R.D.
Religion: altkatholisch
Raffe (bei Nichtariern anzugeben):
Wohnort und Wohnung: Wien 7, Margareten Gürtel 226/II/IV/18
wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:
Er — ~~ist~~ gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch
sein — ~~ihre~~ Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem
er — ~~ist~~ der Beteiligung für die RS. und damit der Vorbe-
reitung zum Hochverrat dringend verdächtig ist.

geb.: Heydrich.
Beglaubigt:
Kanzleiangestellte.

6.St. Nr. 101 a

J.

Schutzhaftbefehl des Gestapa Berlin für den RS-Funktionär Franz Heigelmayr,
5. Jänner 1940

Quelle: DÖW

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
B.-Nr. II D Haft-Nr.St.1050

Berlin SW 11, den 5. April 1939.
Dönhofsplatz-Straße 8

48

Schutzhaftbefehl

Dor- und Zuname: **Dr. Karl Maria S t e p a n**
Geburtsdag und -Ort: **24.6.94 Wien**
Beruf: **fr. Landeshauptmann v.Steiermark**
Familienstand: **verh.**
Staatsangehörigkeit:
Religion: **röm.-kath.**
Rasse (bei Nichtariern anzugeben):
Wohnort und Wohnung: **Graz, Kürbnergasse 42**
wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:

Er — ~~Sie~~ — gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen feststellungen durch sein — ~~ihre~~ — Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er — ~~sie~~ — auf Grund seiner hervorragenden Betätigung gegen den Nationalsozialismus zu der Befürchtung Anlaß gibt, daß er sich in Freiheit staatsfeindlich betätigt.

Heidrich

Schutzhaftbefehl des Gestapa Berlin für den vormaligen Landeshauptmann der Steiermark Karl Maria Stepan, 5. April 1939

Quelle: DÖW

„auf Grund seiner hervorragenden Betätigung gegen den Nationalsozialismus zu der Befürchtung Anlaß gibt, daß er sich in Freiheit staatsfeindlich betätigt“.⁶¹

Eine zentrale Rolle kam der Gestapo bei der Verfolgung, Deportation und letztlich Ermordung der Jüdinnen und Juden zu. Innerhalb der Gestapo oblag die Judenverfolgung dem Referat II B 4, später IV B 4 („Judenreferat“), das eines der unter dem Titel „Weltanschauliche Gegner“ zusammengefassten Referate unter Leitung von Karl Ebner war. Neben der „Behandlung“ von Einzelfällen, wie „Rassenschande“ u. Ä., durch die Gestapo war diese einerseits in den Vermögensentzug, andererseits über die Verbindung zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung und nach deren Auflösung 1943 allein für die Deportation der Jüdinnen und Juden in die Ghettos und Vernichtungslager (mit)verantwortlich.⁶²

Die Konzentrations- und Vernichtungslager unterstanden zentralen Stellen in Berlin; die Gestapo verfügte für ihre Zwecke aber auch über eigene Lager bzw. Gefängnisse, wie etwa das Arbeitserziehungslager Oberlanzendorf bei Wien oder Innsbruck/Reichenau; auch die berüchtigte „Kleine Festung“ in Theresienstadt – nicht zu verwechseln mit dem dort befindlichen Ghetto – war eine Gestapohaftanstalt, wo auch Österreicher inhaftiert und ermordet wurden.

Das ursprünglich für italienische Zivilarbeiter errichtete Lager Reichenau wurde 1942 zu einem Arbeitserziehungslager umfunktioniert. Es unterstand in dieser Form direkt dem jeweiligen Leiter der Gestapo Innsbruck und war dazu bestimmt, „die im Gau Tirol/Vorarlberg wegen Arbeitsvertragsbruchs, Blau-macherei oder Dienstpflichtverweigerung auffallenden männlichen Personen aufzunehmen und durch strikte Disziplin und schwere Arbeit zu brauchbaren Volksgenossen zu erziehen“. Gegen Ende des Krieges wurden zunehmend auch politische Häftlinge der Gestapo Innsbruck in der Reichenau gefangen gehalten. Ab 1943 diente das Lager auch als Durchgangslager für Jüdinnen und Juden aus Norditalien auf dem Weg ihrer Deportation. Insgesamt waren im Lager Reichenau rund 8500 Personen inhaftiert, von denen nachweislich mindestens 130 Menschen ermordet wurden oder durch unmenschliche Behandlung den Tod fanden.⁶³

61 DÖW 2240.

62 Siehe dazu ausführlich: Mang, „Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber“.

63 Siehe dazu: Johannes Breit, Das Arbeitserziehungslager Reichenau und die Nachkriegsjustiz, Innsbruck 2007; Horst Schreiber, Das Arbeitserziehungslager Reichenau, in: www.erinnern.at/e_bibliothek/seminarbibliotheken-zentrale-seminare/nationalsozialismus-und-faschismus-in-nord-und-sudtirol-6-zs-2007/Schreiber%20AEL%20Reichenau.pdf.

Andere Polizeiformationen

Gegenüber der Gestapo waren die anderen in Österreich tätigen Polizeieinheiten zweitrangig, zumindest hinsichtlich der Verfolgung politischer GegnerInnen. Der Kriminalpolizei (Kripo), die mit der Gestapo zur Sicherheitspolizei (Sipo) zusammengefasst war, fiel die Bekämpfung des „nichtpolitischen Verbrechertums“ zu. Da dies mit rechtsstaatlich unvereinbaren Methoden geschah, muss auch die Kripo als Bestandteil des NS-Terrorapparates angesehen werden. Im Rahmen der „Asozialenbekämpfung“ war der Kriminalpolizeileitstelle Wien auch die „Bekämpfung der Zigeunerplage“ übertragen; ihr unterstand das Ende 1940 errichtete KZ-artige „Zigeunerlager“ Lackenbach im Burgenland, von dem aus Deportationen nach Litzmannstadt (Łódź) und Auschwitz sowie anderen Konzentrationslagern und Vernichtungsstätten erfolgten.⁶⁴

Der Sicherheitsdienst (SD) der SS, innen- und außenpolitischer Geheimdienst und ein Apparat zur Bespitzelung sowohl der Bevölkerung als auch der NSDAP, deren Gliederungen und anderer Institutionen, baute nach dem „Anschluss“ auch in Österreich einen Apparat mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern sowie zahlreichen „V-Leuten“ auf. Die verschiedenen SD-Stellen verfassten ständig Tätigkeits-, Lage- und Stimmungsberichte, die zum Großteil jedoch sehr allgemein gehalten waren und kaum – so wie die Berichte der Gestapo – konkretes oppositionelles Verhalten ansprachen. In Österreich spielte der SD vor allem bei der Judenverfolgung eine entscheidende Rolle. Die von Adolf Eichmann, dem „Judenreferenten“ des SD Wien, 1938 initiierte und de facto geleitete Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien wurde zur Organisation sowohl der Vertreibung und Ausplünderung als auch der Deportation der österreichischen Jüdinnen und Juden und zum Vorbild für ähnliche Einrichtungen im „Protektorat Böhmen und Mähren“ und im „Altreich“.⁶⁵

Die Ordnungspolizei (Schutzpolizei und Gendarmerie) war im NS-Terror-system nur zweitrangig, indem sie u. a. Hilfsfunktionen für Gestapo und Kripo ausübte. So stellte die (uniformierte) Wiener Schutzpolizei Begleitkommandos für die Transporte von Juden und Roma in KZ und Vernichtungslager, einzelne

64 Siehe dazu u. a.: Gerhard Baumgartner / Florian Freund / Harald Greifeneder, Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien–München 2004 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 23/2).

65 Siehe dazu: Gabriele Anderl / Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, Wien–München 2004 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 20/1).

Schutzpolizeieinheiten wurden zu Sonderaufgaben im „Osten“ (Partisanenbekämpfung, Judenerschießungen) herangezogen, und Gendarmeriebeamte, auch aus dem Gebiet Österreichs, wirkten an der Verwaltung (und damit an den Verbrechen) in den besetzten Ostgebieten mit.⁶⁶

An den Judenmorden in Osteuropa waren im Übrigen auch zahlreiche aus Österreich stammende Angehörige der Gestapo und anderer Polizeieinheiten beteiligt. So fungierte etwa der Wiener Gestapobeamte Dr. Josef Auinger, später Leiter der Gestapostelle St. Pölten, 1942 als Leiter des Sonderkommando 7b in der Einsatzgruppe B; der Linzer Gestapochef Dr. Gerhard Bast kommandierte 1942 das Sonderkommando 11a der Einsatzgruppe D. Die vornehmlich aus Angehörigen des SD und der Sicherheitspolizei zusammengesetzten vier SS-Einsatzgruppen ermordeten in der besetzten Sowjetunion insgesamt 900.000 Jüdinnen und Juden.⁶⁷ Dieses Kapitel österreichischer Involvierung in den NS-Massenmord ist von der Forschung bislang wenig bearbeitet worden.

66 Siehe dazu: Herbert Zechmeister, *Das Polizeibataillon 322 aus Wien-Kagran. Österreichische Polizisten und der Vernichtungskrieg im Osten*, phil. Diss., Klagenfurt 1998.

67 Siehe dazu: Josef Fiala, „Österreicher“ in den SS-Einsatzgruppen und SS-Brigaden. Die Vernichtungsaktionen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941–1942, Dipl., Univ. Wien 2009, S. 80 ff.; grundlegend: Helmut Krausnick, *Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938–1942*, Frankfurt/M. 1998.